

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0150/2017/IV

Datum:
11.09.2017

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Falschparken in der Altstadt (insbesondere Plöck und
Universitätsplatz)**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gre-
mien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 22. November 2017

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Altstadt	28.09.2017	Ö	() ja () nein () ohne	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	18.10.2017	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	16.11.2017	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Bezirksbeirat Altstadt, der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zum Antrag Nr.: 0037/2017/AN der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen zum Thema Falschparken in der Altstadt (insbesondere Plöck und Universitätsplatz) zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Überwachung des ruhenden und des fließenden Verkehrs erfolgt durch die Mitarbeiter des Gemeindevollzugsdienstes gemäß Einteilung in Dienstplänen.

Sitzung des Bezirksbeirates Altstadt vom 28.09.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Altstadt vom 28.09.2017

2.1 Falschparken in der Altstadt (insbesondere Plöck und Universitätsplatz)

Informationsvorlage 0150/2017/IV

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Kettemann vom Amt für Verkehrsmanagement anwesend und steht für Fragen zur Verfügung.

In der Aussprache melden sich zu Wort:

Die Bezirksbeiräte Jähnke, Seidel, Guntermann, Bezirksbeirätin Funke, Kinderbeauftragte Lasser, Herr Müller vom Verein Alt-Heidelberg und Stadtrat Rothfuß

Folgende wesentliche Argumente und Fragen werden vorgetragen:

- Nicht nur in der Plöck und auf dem Universitätsplatz würde falsch geparkt, sondern in der ganzen Altstadt. Dies sei in der Vorlage nicht berücksichtigt.
- Es gebe zu wenig Kontrollen hinsichtlich des Falschparkens in der Altstadt.
- Es wäre gut, wenn der Dienstplan für den Schichtdienst des Gemeindevollzugsdienstes (GVD) veröffentlicht oder zumindest dem Bezirksbeirat zugänglich gemacht werden könnte.
- In der Altstadt würden nicht nur hinsichtlich der Parksituation, sondern generell zu viele Ausnahmen gemacht (Beispiel: Nächtlicher Lärm durch Feiernde). Das sei nicht in Ordnung.
- Eine Ausnahme werde beispielsweise sonntags für die Besucher der Jesuitenkirche gemacht. Das Parken auf dem Universitätsplatz werde hierfür geduldet. Es wäre sinnvoll, wenn die Verwaltung die Jesuitengemeinde anschreiben würde mit der Bitte, ihre Besucher darauf aufmerksam zu machen, woanders zu parken.
- Es wird dafür plädiert, in der Altstadt Poller zu installieren. Das würde die Situation entschärfen.
- Es wäre interessant zu wissen, an wie vielen Wochenenden / Sonntagen dieses Jahr keine Kontrollen wegen Falschparkens in der Altstadt stattgefunden hätten (aufgrund Veranstaltungen in anderen Stadtteilen und daher Abzug des GVD-Personals).
- Die Kette vor dem Rathaus (Ecke Hauptstraße / Kornmarkt) werde nicht zuverlässig geschlossen. Manchmal sei sie abends noch geöffnet und Fahrzeuge könnten ungehindert in die Hauptstraße einfahren. Wer sei für den Schließdienst zuständig?
- Eine weitere Kette befinde sich an der Ecke Ingramstraße / Kornmarkt / Karlstraße. In diesem Bereich stünden oft Fahrzeuge, die jedoch keine Strafzettel bekämen. Sei dieser Bereich für Anwohnerparken vorgesehen?
- Sogar Auswärtige glaubten, dass das Parken auf dem Universitätsplatz offiziell erlaubt sei.
- Auf Seite 3.1 der Vorlage stehe beim ersten Aufzählungspunkt: „Der Radverkehr in Fahrtrichtung Westen hat auf der rechten Seite keine Hindernisse, die ihn bei Begegnungsverkehr mit Kraftfahrzeugen zum Warten zwingen.“ Für den Abschnitt zwischen Theaterstraße und Sandgasse träfe dies jedoch nicht zu.

- Von der Verwaltung müsse man erwarten können, dass sie die Straßenverkehrsordnung in allen Bereichen durchsetze.
- Gelte das aktuell beidseitige Halteverbot im Bereich der Plöck zwischen der Theaterstraße und der Sandgasse für die avisierte Bauzeit (Umbau des Gebäudes in der Hauptstraße 110) von zwei Jahren oder sei dies nur zeitlich beschränkt?
- In der Neuen Schlosstraße seien Parkplätze weggefallen. Diese Entscheidung sollte nochmal überdacht werden. Seit dem Wegfall der Parkplätze würde beobachtet, dass dort sowohl Autos als auch Lastkraftwagen und Busse schneller führen. Vielleicht könne man sich mit den Anwohnern zu einem Vor-Ort-Termin treffen.

Herr Kettemann erläutert hinsichtlich der Kontrollen, man versuche, den Wünschen der Bürgerschaft / der Gremien gerecht zu werden und mit dem zusätzlichen Personal des GVD (künftig insgesamt fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Altstadt) noch mehr Kontrollen durchzuführen. Bezüglich des neuen Dienstplanes erklärt er, dieser sei noch nicht abschließend erarbeitet. Weiter führt er aus, die Kette beim Rathaus werde unter der Woche von den Hausmeistern des Rathauses geöffnet und geschlossen. Für den Samstag müsse noch eine Lösung gefunden werden.

Abschließend erklärt der Vorsitzende Herr Schmidt, die folgenden noch offenen Fragen und Anregungen werden mitgenommen und von der Verwaltung beantwortet beziehungsweise Stellung dazu genommen:

- Kontaktaufnahme zu der Jesuitengemeinde mit der Bitte, ihre Besucher darauf aufmerksam zu machen, woanders zu parken.
- Installation von Pollern erwägen.
- An wie vielen Wochenenden / Sonntagen dieses Jahr haben keine Kontrollen wegen Falschparkens in der Altstadt stattgefunden?
- Sei der Bereich Ingrimstraße / Kornmarkt / Karlstraße für Anwohnerparken vorgesehen?
- Gelte das aktuell beidseitige Halteverbot im Bereich der Plöck zwischen der Theaterstraße und der Sandgasse für die avisierte Bauzeit (Umbau des Gebäudes in der Hauptstraße 110) von zwei Jahren oder sei dies nur zeitlich beschränkt?
- Entscheidung über den Wegfall der Parkplätze in der Neuen Schlosstraße überdenken (eventuell Vor-Ort-Termin mit Anwohnern?).

gezeichnet
Hans Joachim Schmidt
Vorsitzender

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 18.10.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 18.10.2017

4.1 Falschparken in der Altstadt (insbesondere Plöck und Uniplatz) Informationsvorlage 0150/2017/IV

Erster Bürgermeister Odszuck eröffnet die Aussprache.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Rothfuß, Stadträtin Spinnler, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Pfeiffer, Stadtrat Eckert, Stadtrat Föhr, Stadtrat Emer

Folgende Hauptargumente werden vorgetragen:

- Das Parkverbot solle konsequent durchgesetzt werden. Laut Vorlage hätten in der Vergangenheit leider weniger Kontrollen stattgefunden. Daher seien auch die Verwarnungen rückläufig. Insbesondere werden Personenkraftwagen (PKW), die in der Plöck im absoluten Halteverbot stehen, oft nicht verwarnt. Der Verkehrsfluss der Radfahrer sei dadurch gefährdet. Des Weiteren müsse das Parkverbot auf dem Uniuniversitätsplatz konsequent durchgesetzt werden.
- Hinsichtlich des Parkverbots sollen grundsätzlich keine Ausnahmen gemacht werden. Dies gelte auch für den Uniuniversitätsplatz. Es stünden in den Parkhäusern ausreichend Parkplätze zur Verfügung.
- Es solle vor allem lösungsorientiert diskutiert und alternative Parkmöglichkeiten gefunden werden.
- Die Schwerpunktaktionen würden zu keinem langfristigen Erfolg führen. Es müsse zur Überwachung eine regelmäßige Präsenz vor Ort geben. Die Zahl der Mitarbeiter im Gemeindevollzugsdienst müsse hierfür erhöht werden. Mit dieser Personalaufstockung solle nicht bis zur Haushaltsberatung gewartet werden.
- Auch die Regelverstöße der Fahrradfahrer sollen geahndet werden, da Fußgänger oft durch Fahrradfahrer gefährdet werden. Die Stadt Heidelberg könne hierfür zum Beispiel die Polizei Mannheim bitten, entsprechend Radfahrer zu kontrollieren.

Erster Bürgermeister Odszuck geht auf die Argumente ein:

- Parkverstöße dürfen in keinsten Weise toleriert werden. Die Straßenverkehrsordnung müsse konsequent durchgesetzt werden.
- Die Zahl der Mitarbeiter im Gemeindevollzugsdienst müsse erhöht werden.
- Der Hinweis, dass auch die Regelverstöße der Fahrradfahrer geahndet werden sollen, werde entgegengenommen. Es wird an bereits durchgeführte Aktionen erinnert.

Frau Spinnler gibt den Wunsch **zu Protokoll**, dass beim Universitätsplatz klar erkennbar sein solle, dass es sich dort um eine Fußgängerzone handele und nicht um einen Parkplatz. Erster Bürgermeister Odszuck erteilt die **Zusage**, dass dieser Sachverhalt geprüft werde.

gezeichnet
Jürgen Odszuck
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 16.11.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 16.11.2017

18.1 Falschparken in der Altstadt (insbesondere Plöck und Uniplatz)

Informationsvorlage 0150/2017/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist auf die Arbeitsaufträge der Ausschüsse hin und führt aus, dass die Verwaltung zur Durchsetzung geltenden Rechts auf zusätzliche bauliche Maßnahmen setzen müsse.

Stadtrat Rothfuß führt aus, dass die zugesagten Maßnahmen wichtig seien, vor allem in der Plöck. Die baulichen Maßnahmen im Fußgängerbereich seien unumgänglich. Der Universitätsplatz brauche zusätzlich zur Beschilderung verstärkte Kontrollen. Dort würde nicht nur sonntags, sondern bereits samstags geparkt.

Die Arbeitsaufträge aus dem Bezirksbeirat Altstadt und Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss lauten:

- Kontaktaufnahme zu der Jesuitengemeinde mit der Bitte, ihre Besucher darauf aufmerksam zu machen, woanders zu parken.
- Installation von Pollern erwägen.
- An wie vielen Wochenenden / Sonntagen dieses Jahr haben keine Kontrollen wegen Falschparkens in der Altstadt stattgefunden?
- Sei der Bereich Ingrimstraße / Kornmarkt / Karlstraße für Anwohnerparken vorgesehen?
- Gelte das aktuell beidseitige Halteverbot im Bereich der Plöck zwischen der Theaterstraße und der Sandgasse für die avisierte Bauzeit (Umbau des Gebäudes in der Hauptstraße 110) von zwei Jahren oder sei dies nur zeitlich beschränkt?
- Entscheidung über den Wegfall der Parkplätze in der Neuen Schloßstraße überdenken (eventuell Vor-Ort-Termin mit Anwohnern?).
- Der Universitätsplatz soll klar erkennbar Fußgängerzone und kein Parkplatz sein.

Mit diesen Arbeitsaufträgen wird die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen.

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Die Plöck ist im Abschnitt zwischen Friedrich-Ebert-Platz und Sandgasse als Fahrradstraße ausgewiesen. Radverkehr ist in beiden Fahrtrichtungen zugelassen, Kraftfahrzeugverkehr nur in Fahrtrichtung Osten.

Mit Blick auf die zahlreichen Geschäfte ist in der Zeit zwischen 6 und 11 Uhr be- und entladen zugelassen. In der übrigen Zeit gilt Haltverbot. Zur Verbesserung der Situation des Radverkehrs bei Begegnungsverkehr mit Personenkraftverkehr wurde die „Ladezone“ im Bereich der Fahrradstraße auf die südliche Straßenseite verlegt. Dies hat folgende Vorteile:

- Der Radverkehr in Fahrtrichtung Westen hat auf der rechten Seite keine Hindernisse, die ihn bei Begegnungsverkehr mit Kfz zum Warten zwingen.
- Der PKW-Verkehr hält wie üblich in Fahrtrichtung rechts.
- Die Fahrzeugführer können zur Fahrbahnseite hin aussteigen, anstatt auf den schmalen Gehweg.

Wegen des starken Rad- und Fußverkehrs, wird der ruhende Verkehr in der Plöck im Rahmen der Überwachung der Altstadt durch den Gemeindevollzugsdienst täglich überwacht. Bei den Kontrollen werden Fahrzeugführer, die sich nicht an die bestehenden Verkehrsregelungen (absolutes Haltverbot) halten, aufgrund des Tatbestandes „Behinderung bei Gegenverkehr/Radfahrer“ mit einem erhöhten Verwarnungsgeld in Höhe von 25 Euro belegt.

Die Fragen aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen vom 09.05.2017 können wie folgt beantwortet werden:

Bereits zum Haushaltsstellenplan 2015/16 wurden zwei zusätzliche Planstellen für den Bereich des Gemeindevollzugsdienstes geschaffen. Trotz dieser Schaffungen war die Entwicklung der Mitarbeiterzahlen zwischen 2015 und 2016 aufgrund einer erhöhten, nicht planbaren Personalfuktuation und krankheitsbedingten Ausfällen faktisch rückläufig, so dass zeitweise zwei Mitarbeiter weniger zur Überwachung des ruhenden Verkehrs vorhanden waren. Gleichzeitig kam es zu weiteren Aufgabenmehrunen zum Beispiel durch eine gestiegene Anzahl an zu überwachenden Veranstaltungen - insbesondere an Wochenenden - und die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in der Bahnstadt.

Die oben genannten Rahmenbedingungen (Personalkapazität und Aufgabenentwicklung) haben dazu geführt, dass zum Beispiel an Veranstaltungssonntagen mit früherem Dienstbeginn die beabsichtigten Kontrollen der Altstadtplätze (unter anderem der Universitätsplatz ab zirka 14 Uhr) oftmals nicht mehr zu realisieren waren. Auch die zusätzlich vorgesehene gesonderte Bestreifung der Plöck konnte nicht durchgängig sichergestellt werden und musste teilweise vom regulären Altsstadtdienst mit übernommen werden.

Zum Haushalt 2017/2018 wurden insgesamt weitere sieben zusätzliche Planstellen für den Gemeindevollzugsdienst geschaffen. Die neuen Mitarbeiter werden sukzessive und schnellstmöglich eingearbeitet, um zeitnah eigenständig Kontrollen durchführen zu können. Nach Einstellung und Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird im Herbst 2017 ein neu gestalteter Dienstplan für den Schichtdienst des Gemeindevollzugsdienstes in Kraft treten, bei dem neben einer allgemeinen Verstärkung des Spät- und Sonntagsdienstes in allen Bereichen der Stadt insbesondere auch die regelmäßige Überwachung im Bereich Plöck und verstärkte Kontrollen an Sonntagen, insbesondere Universitätsplatz, umgesetzt werden.

Nach den bisherigen Planungen werden dann fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gemeindevollzugsdienstes zur Überwachung der Altstadt (2 Personen Hauptstraße; 2 Personen Plöck, 1 Person Neckarmünzplatz) eingesetzt werden. Bei den Wochenenddiensten soll die Anzahl der Mitarbeiter von zwei auf vier Überwachungskräfte an allen Sonntagen verdoppelt werden, um neben der

Überwachung bei Veranstaltungen auch an anderen Bereichen der Stadt (Universitätsplatz, Uferstraße, Schloss und vieles mehr), verstärkt Kontrollen durchführen zu können.

Die benannten Einsatzbereiche können bei der vorhandenen Personalausstattung dann umfänglich personell besetzt werden, wenn alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gemeindevollzugsdienstes im Dienst sind. Häufungen - zum Beispiel von Veranstaltungen und Abwesenheitszeiten (Urlaub, Krankheit, Stellenvakanzen) - führen dazu, dass unter Berücksichtigung der aktuellen Situation eine Priorisierung der Überwachungsschwerpunkte erfolgen muss. Die Prioritätensetzung wird sich in diesen Fällen vorrangig an der Gewährleistung der Verkehrssicherheit orientieren müssen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: + / - Ziel/e:
(Codierung) berührt:

Begründung:

Ziel/e:

Begründung:

Ziel/e:

Begründung:

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	-keine-